

Bedrohte Meinungsfreiheit im Mantel der „politischen Korrektheit“.

Dieser Artikel aus GB könnte auch in D verfasst worden sein. In D getrauen sich laut einer Meinungsumfrage (Allensbach) mehr als 50% nicht, öffentlich ihre Meinung zu äußern. Solche Zahlen kennt man eher von Diktaturen. Wie tief diese Angst sitzt, sahen wir am 1. Januar, wo lange nicht offen über die Vorgänge in Köln berichtet wurde (Presse, Polizei und Politik hatten Angst):

Wohin führt uns dieser Weg?

Bedrohte Meinungsfreiheit

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/politische-korrektheit-bedroht-die-freie-rede-13994595-p3.html>

Politisch ganz korrekt

An britischen Universitäten läuft die „neue politische Korrektheit“ aus dem Ruder. Sie verbindet Feministinnen mit politisierten Muslimen und macht nicht einmal vor Dichtern halt. Professoren sehen das Grundrecht auf freie Rede bedroht.

13.01.2016, von [Jochen Buchsteiner](#), London



© AP Die Universität Oxford gilt eigentlich als Inbegriff der geistigen Auseinandersetzung.

Anthony Glee hebt seine Hände und baut eine Zuschauergalerie über einem Hörsaal: „Da oben haben sie gegessen, und ich musste mitten unter ihnen hindurch.“ Sie, das waren die Studenten, von denen er sich bedroht fühlte. „Rassist!“ und „Islamhasser!“ hatten sie gebrüllt, und Glee, Professor für Politikwissenschaften, wusste einen Moment lang nicht, wie er unbeschadet aus dem Saal kommen sollte. „Mir war wirklich mulmig zumute“, erinnert er sich.



Autor: Jochen Buchsteiner, Politischer Korrespondent in London. Folgen:

Jetzt sitzt der Professor in einem Polstersessel in einem holzvertäfelten Café in Oxford, nicht weit von dem College, an dem er studiert hat. Gleees kennt viele Universitäten, in Britannien und in Deutschland. Nach mehr als vierzig Jahren im Dienst der Wissenschaft überblickt er ganze Epochen von Hochschulkultur. Was sich heute an den britischen Universitäten abspiele, sagt Gleees, erinnere ihn am ehesten an Frankfurt zum Ende der sechziger Jahre, als niedergebrüllt wurde, wer nicht ins Weltbild der Studenten passte. „Aber damals waren wenigstens die Professoren auf der anderen Seite – heute werden die Studenten von ihren Dozenten oft noch angeheizt.“

Gleees, ein Fachmann für innere Sicherheit, hatte auf einem Podium in der [University of London](#) gegessen, ein paar Wochen ist das her, und gleich zwei Sünden begangen: Zuerst verteidigte er die staatliche Organisation „Prevent“, die versucht, junge, extremismusgefährdete Muslime zu deradikalisieren. Etwas später beklagte er, dass der Botschafter Israels trotz vieler Bemühungen von keiner Universität im Königreich mehr eingeladen werde, aus Angst vor Protesten. Aus Sicht der Studenten war das Maß damit voll. Tumulte brachen aus. Gleees hat so was nicht zum ersten Mal erlebt. „Wir werden alle eingeschüchtert“, sagt er.

Die „neue politische Korrektheit“ an Britanniens Universitäten läuft aus dem Ruder. Kurz vor [Weihnachten](#) schlug eine Gruppe von Professoren in der Zeitung „Telegraph“ Alarm und sprach von einer „zutiefst besorgniserregenden Entwicklung“. Eine Kultur, die den freien Austausch von Ideen beschränke, fördere die Selbstzensur und mache Menschen Angst, ihre Meinung zu äußern: „Dies droht das Wesen der Demokratie zu zerstören.“

Tricks wie aus dem politischen Untergrund

Es trifft nicht nur Redner, die man auf der konservativen Seite verorten würde. Unlängst wurde Germaine Greer zum Opfer, eine Art britische [Alice Schwarzer](#), die allerdings nicht die neuerdings gebotene Sensibilität für Transsexuelle aufbringt. Weil sie vor Jahren geschrieben hatte, dass man durch eine Operation nicht zur Frau werde, ging ihrem Auftritt in der Cardiff-Universität ein digitaler „Shitstorm“ voraus. Eine Online-Petition, die von 3000 Studenten unterschrieben wurde, forderte ein Redeverbot auf dem Campus. Das gleiche wiederholte sich in Oxford. Dutzende Studenten beschimpften sie von der Galerie als „transphob“.

Diskussionsveranstalter befinden sich mittlerweile so sehr in der Defensive, dass manche, wie an der [University of Manchester](#), Tricks wie aus dem politischen Untergrund anwenden. Als ein Autor Tage vor der Podiumsdiskussion als „professioneller Frauenfeind“ und „Vergewaltigungsverteidiger“ beschimpft wurde, verlegten die Veranstalter die Runde an einen geheimen Ort und gaben diesen erst kurz vor Beginn bekannt.

Der Journalist Brendan O’Neill spricht von einer „no platform policy“, einer Strategie also, mit der die Studentenführer das Auftreten von Leuten, die nicht dem vorherrschenden „Gruppendenken“ entsprächen, systematisch verhinderten. O’Neill hat dies am eigenen Leib erfahren. Im vergangenen Jahr sollte er in britischer Debattenmanier ein Plädoyer für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch halten. Ein Kollege war für die Gegenrede gebucht. Vor der Veranstaltung äußerten sich Feministinnen empört darüber, dass zwei „Personen ohne Gebärmutter“ über dieses Thema diskutierten, und 300 von ihnen drohten, „Instrumente“ mit in den Saal zu bringen. Daraufhin sagte das Christ Church College in Oxford die Veranstaltung ab.

Für O’Neill war dies nur ein Höhepunkt in einer ganzen Reihe unerfreulicher Erlebnisse. Zuvor war er schon an anderen Universitäten niedergebrüllt worden: in Cambridge, als er argumentierte, dass Jungenkultur nicht notwendigerweise Vergewaltiger produziert, in Cork, als er sich gegen die Homoehe aussprach, in London, wo er der industriellen Entwicklung Afrikas den Vorrang vor dem afrikanischen Kampf gegen den Klimawandel gab.

Ein Raum frei von Diskriminierung, Belästigung und Hassreden

Begründet wird der Studentenprotest mit den immer gleichen Worten. Egal ob über Muslime oder Transsexuelle, Schwarze oder Frauen gesprochen wird – immer fühlen sich die Angesprochenen „offended“, also verletzt oder beleidigt. Sie argumentieren wie Lucy Delaney von der Oxford University Student's Union, die an vorderster Front gegen den Auftritt Germaine Greers protestiert hatte: „Die Meinungen dieser Redner sind nicht kontrovers – sie sind gewalttätig.“ Gewalt, hieß es einmal, rechtfertige Gegengewalt.

Die Studenten fordern einen „safe space“, einen Schutz- oder Sicherheitsraum, aber so, wie er definiert wird, läuft er dem Grundelixier der britischen Demokratie zuwider: der freien Rede. Der „Independent“ stellte kürzlich ein Glossar der neuen politischen Korrektheit zusammen und erklärte den Begriff so: „Safe spaces sollen frei von Diskriminierung, Belästigung und Hassreden gegen unterprivilegierte Gruppen wie Frauen, Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transsexuelle und ethnische Minderheiten sein. ... Menschen können aus diesem Schutzraum entfernt werden, wenn ihre anstößigen Sichtweisen denselben bedrohen.“ In Cambridge pochten Studenten auf ihr „Recht auf Behaglichkeit“.

Zu besichtigen sind erstaunliche Koalitionen. Am Goldsmith Institute in London musste die iranische Menschenrechtlerin Maryam Namazie kurz vor Weihnachten ihren Vortrag über „Apostasie, Blasphemie und freie Meinungsäußerung im Zeitalter des IS“ unterbrechen, weil ihr Studenten der „Islamischen Gesellschaft“ den Projektor abgestellt hatten. Namazie hatte sich gegen die Verfolgung von Bloggern und inhumane Bestrafungen in einigen islamischen Ländern ausgesprochen. Ihre Kritik hatte den „safe space“ der muslimischen Studenten verletzt – die wiederum von der Fraktion der Schwulen und Lesben unterstützt wurde, die eigentlich keinen Ehrenplatz im Weltbild gläubiger Muslime haben.

Keine Zeit für Frankreich

Glees spricht von einem „scheinbaren Paradox“, das sich auflösen lässt, sobald man den „gemeinsamen Feind“ identifiziert habe. Dieser Feind sei die „Antiterrorismusstrategie“ der Regierung Cameron. So wie sich in den sechziger Jahren unterschiedlichste Gruppierungen gegen den Vietnam-Krieg zusammengefunden hätten, markiere heute das staatliche Vorgehen gegen islamische Extremisten den Einigungspunkt. Dabei drohten die mächtigen „Islamischen Gesellschaften“ an den Universitäten, die nicht selten Extremisten heranzögen, den Protest der Studenten zu radikalieren.

Die Studentenvertreter in Oxford haben kein Interesse, ihren Standpunkt zu erklären, weder in der Oxford University Student's Union noch in der Oxford Union. Mails blieben unbeantwortet, Telefonanfragen ergebnislos. Glees, selber einmal Mitglied der Oxford Union, schlägt vor, einfach in den heiligen Tempel hineinzulaufen und Fragen zu stellen. Das Tor zum Innenhof steht offen, ein paar Studenten unterhalten sich dort, sind aber nicht bereit, Auskunft zu geben. Das dürfe nur der „Präsident“, der wenig später sogar sein Büro verlässt, um den ungebetenen Gast aus Deutschland in Augenschein zu nehmen. Stuart Webber ist 21 Jahre alt und sagt ungerührt, er habe keine Zeit, nicht einmal fünf Minuten. Man könne ihm eine E-Mail schreiben. Free Speech im Dezember 2015.

In seiner unaggressiven Form hat das Denken in „safe spaces“ den Campus schon lange hinter sich gelassen und ist zu Allgemeingut geworden. In weiten Kreisen des Königreichs gilt es mittlerweile als unhöflich, Weihnachtskarten zu verschicken, auf denen „Merry Christmas“ steht. Ein Muslim könnte sie zu Gesicht bekommen und sich verletzt fühlen. Also werden „Season's Greetings“ verschickt, Grüße der Saison. Die anglikanische Kirche darf nicht einmal in der Adventszeit für sich werben. Der Kino-Spot, den die Staatskirche unlängst gedreht hatte, könnte „jene beleidigen, die einen anderen Glauben oder gar keinen haben“, begründete die Kinoagentur DCM im November ihre Entscheidung, das Filmchen mit christlichen Gesängen nicht auf der Leinwand auszustrahlen.

Das „Well-being“ genießt Priorität

Scheinbar wollen alle auf Rosen gebettet werden. Fast jeder Beitrag, den die Nachrichtensendungen der BBC aus ärmeren oder kriegsgeplagten Ländern zeigen, wird mit den Worten angekündigt: „Sie könnten einige dieser Bilder erschreckend finden.“ Besondere Blüten treibt die Kultur des Warnens und Beschützens wiederum im akademischen Betrieb. An vielen Unis ist Robin Thickes freizügiger Popsong „Blurred Lines“ verboten

worden - „weil dem Well-being unserer Studenten die Priorität gehört“, wie es etwa am Balliol College in Oxford heißt. Das London University College hat für den „Schutz der Studenten“ die Nietzsche-Gesellschaft verboten. Die University of East Anglia untersagte nach Protesten der Studentenunion Sombros auf dem Campus: Das Tragen der breitkrempigen Hüte – Werbegeschenke eines nahe gelegenen mexikanischen Restaurants – könnte als rassistisch aufgefasst werden, hieß es.

Selbst Traditionszeitungen werden inzwischen vom Campus verbannt. Mehr als dreißig Studentenvertretungen setzten das Boulevardblatt „Sun“ auf den Index – vor allem wegen der leichtbekleideten Modells auf der dritten Seite. „Früher haben radikale Studentinnen ihre BHs verbrannt, heute bestehen sie darauf, dass die Models welche tragen“, schrieb O’Neill.

Die Studenten wollen keine Herausforderungen mehr

Zur jüngsten Mode ist geworden, Warnhinweise für verstörende Textstellen zu verlangen. Die Shakespeare-Expertin Katherine Rundell, die bis vor wenigen Jahren selber der linksbewegten Studentenschaft Oxfords angehörte, sieht sich neuerdings in ihren Seminaren der Forderung nach „trigger warnings“ ausgesetzt. „Viele meiner Studenten wollen gewarnt werden, wenn eine Stelle naht, die irgendetwas in ihnen anrichten könnte“, sagt sie und nennt als Beispiel die Vergewaltigung Lavinias in Shakespeares’ „Titus Andronicus“. In einer Zeitung wurde kürzlich gescherzt, bald müsse die Rolle des Juden Shylock aus Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ herausgestrichen werden.

In den Vereinigten Staaten, wo die neue politische Korrektheit ihren Ausgang genommen hat, wird schon über die „Verhätschelung der amerikanischen Psyche“ – so ein Artikel in der Zeitschrift „The Atlantic“ – diskutiert. O’Neill sieht auch auf Großbritannien etwas zukommen. Hinter dem „Recht auf Behaglichkeit“ verstecke sich letztlich das „Recht, nie von irritierenden Ideen herausgefordert oder von Angriffen aufgerüttelt zu werden“. Besorgt blickt der Journalist in die Zukunft, wenn diese Studenten, die sich vor jeder Kontroverse schützten, das Land führen und komplexe politische Entscheidungen treffen müssen. Oxford-Dozentin Rundell hat aus diesen Gründen beschlossen, den neuen Forderungen ihrer Studenten nicht nachzugeben und Shakespeare weiterhin ohne Alarmsignale zu lesen: „Irgendwann werden sie aus der Uni ins Leben entlassen, und dort gibt es auch keinen Schutz.“